

ich-bin-sauarm-Preis: €0,50; mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: €1; meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €100;

REVOLUTION

★ unabhängige Jugendorganisation ★ Nummer. 25 ★ September/Oktober 2007 ★

Afghanistan, Irak, Palästina...

Stoppt die Besatzung!



WWW.**REVOLUTION**.DE.COM

LIEBE REVO...



ANTI-G8

80.000 Menschen nahmen an der Demo gegen den G8-Gipfel am 2. Juni in Rostock teil. Die Blockaden rund um den Tagungsort Heiligendamm waren erfolgreich. Ein ausführlicher Bericht über alle Anti-G8-Proteste findet ihr auf unserer Seite:

www.revolution.de.com/revolution/0706/g8/bericht.html

OSTSEE-REVO!

Zehntausende GegnerInnen der G8 und der Weltordnung, für die sie stehen, haben Rostock wieder verlassen. Aber die jungen Menschen in der Region bleiben zurück. Viele sind beeindruckt von den Protesten, aber Möglichkeiten, daran anzuknüpfen und politisch zu arbeiten, gibt es kaum.

Neonazis haben unterdessen in der Stadt einen Laden eröffnet und Rostock zur „Frontstadt“ erklärt. Die NPD sei die einzige wahre Opposition zu der bestehenden Ordnung, verkünden sie – und wenden sich an die jungen Leute, die gerade im Osten Deutschlands mit Arbeitslosigkeit und Armut konfrontiert werden.

Wir glauben, dass es Zeit ist, dass junge Menschen sich von der Notwendigkeit der Umwälzung kapitalistischer Verhältnisse überzeugen und zusammen für die Revolution kämpfen.

Deswegen haben wir am 11. August REVOLUTION Rostock, als Ortsgruppe der unabhängigen internationalen kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION, gegründet.

rostock@revolution.de.com

VIER JAHRE

Am 27. September 2003 erschien die erste Nummer von REVOLUTION in der BRD. Jetzt, fast vier Jahre später, hältst du die 25. Ausgabe in der Hand. Von der billig kopierten ersten Ausgabe sind wir weit gekommen – zu den G8-Protesten hatten wir sogar eine vollfarbige, zweisprachige Sondernummer.

Aber unsere Inhalte – der Kampf gegen alle Auswüchse des kapitalistischen Systems – haben sich nicht groß geändert. Unsere erste Nummer forderte zum Beispiel in großen Buchstaben: „Besetzer raus!“, und nach wie vor kämpfen wir gegen die Besetzung im Irak, Afghanistan und Palästina.

In den letzten Jahren haben wir bundesweit und international eine ganze Menge gemacht. U.a. sind wir stolz auf die Arbeit, die wir für die Berliner Schülerstreiks geleistet haben. Aber wir brauchen Leute wie dich: Schreib Leserbriefe und Berichte, demonstriere mit uns, komm zu unseren Treffen, mach mit bei der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION!

von Wladek, von der Redaktion von REVOLUTION

SIEGESSÄULE HASST DIE G8!

Gestern Nachmittag haben unbekannte ChaotInnen ein Transparent an der Siegestsäule in Berlin aufgehängt. Die Propagandaaktion schien sich gegen den bevorstehenden G8-Gipfel in Heiligendamm zu richten: zu lesen war „I (wütender Smiley) G 8“. Ganz oben stand „I hate capitalism and war“ und ganz unten „Ab 2. Juni: Gipfel stressen!“

Das Transparent muss etwa 2 Meter breit und 10 Meter lang gewesen sein. Das Wetter wollte nicht so richtig mitspielen: der Stoff hing eine Weile, aber drehte sich im Wind und verhakte sich scheinbar irgendwann in einer Kanone an der Seite der Säule. Als das Transparent noch hing, waren TouristInnen unten in der Lage, die Message zu lesen.

Von den Tätern gibt es bisher keine Spuren. Gegen 17.30 kamen vier Polizeifahrzeuge mit Blaulicht und Sirene, um das Transparent abzuschneiden.

<http://de.indymedia.org/2007/05/177582.shtml>



Was ist REVOLUTION?

Überprüfung, ob etwas den Bestimmungen entsprechend durchgeführt ist.

Revolution, die; -, -en [.. w ..] /lat./ *revolvere* [zurückrollen]

1. Eine im Gegensatz zur Evolution sehr schnelle Umwälzung oder Neuerung auf wissenschaftlichem oder künstlerischem Gebiet: *die industrielle Revolution* **2.** Der Sturz einer Regierung durch die Regierten **2b.** Menschen, die ihr ganzes Leben lang unterdrückt wurden, stehen auf gegen die Unterdrückung [Synonym: Befreiung] **3.** Die Zerschlagung des kapitalistischen Staates und die Enteignung der Produktionsmittel: *die sozialistische Revolution* **3b.** der ganze K... wie große Generalstreiks

stände, Barikadenkämpfe, der Sturm auf das Winterpalais usw. **3c.** Ein Ereignis, das nicht im Fernsehen übertragen wird und nicht von Xerox ohne Werbeunterbrechung gesponsert wird [vergl. Gil Scott Heron, "The Revolution will not be televised."] **3c.** Hör auf zu meckern und organisiere dich! "Es ist angenehmer und nützlicher, die Erfahrungen der Revolution durchzumachen, als über sie zu schreiben." –Lenin **4.** Ein einzigartiges Mittel, um die Widersprüche der Klassengesellschaft zu lösen [Englisch: "one solution"] **5.** Eine unabhängige Jugendorganisation: REVOLUTION, www.revolution.de.com

Revolver, der; -s, - [.. wolw ..] /engl./
Kurze, mehrschüssige Handfeuerwaffe
trommelförmig

In allen Teilen der Welt toben Kriege. Im Jahr 2003 griffen US-geführte Truppen den Irak an und halten das Land seitdem besetzt. Dieser Krieg hat bisher 600.000 IrakerInnen das Leben gekostet. Auch die deutsche Armee mischt kräftig mit, bei der **Besetzung Afghanistans** spielt sie sogar eine tragende Rolle. In Afrika, Asien und Lateinamerika gibt es pausenlos bewaffnete Konflikte um die Kontrolle über natürliche Ressourcen – und die großen kapitalistischen Staaten haben immer ihre Hand im Spiel.

Verbunden mit den Kriegen in den armen Ländern ist **mehr Überwachung und schärfere Repression** in reichen Ländern wie Deutschland – unter der Überschrift „Krieg gegen den Terrorismus“ werden auch hier MigrantInnen und Linke schikaniert. Jede Kritik an den herrschenden Verhältnissen wird gleich als „Terrorismus“ abgestempelt.

Doch **was steckt hinter diesen Kriegen?** Auf der Jagd nach immer höheren Profiten, nach mehr Ressourcen und neuen Absatzmärkten, führt letztendlich kein Weg an militärischen Auseinandersetzungen vorbei. Krieg ist einfach Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft.

Im Kampf gegen Krieg waren **Jugendliche immer schon an vorderster Front**. Allein in Berlin haben zu Beginn des Irak-Krieges rund 80.000 SchülerInnen demonstriert. Jugendliche bilden den Großteil der SoldatInnen, die tagtäglich für die Profite der Mächtigen sterben. Immer heftiger werden auch wir in Deutschland von der Bundeswehr umworben, im Austausch für Ausbildung und Sold unser Leben zu riskieren – für „deutsche Interessen“, versteht sich.

Jugendoffiziere tauchen immer öfter in unseren Schulen auf und versprechen Ausbildungs- und Studienplätze, wenn wir uns verpflichten, bei solchen Auslandseinsätzen dabei zu sein. **Von den SchülerInnen in**



Gegen Krieg und Besatzung!

Besatzungstruppen leisten keine „humanitäre Hilfe“

den USA können wir lernen, wie wir solche Kriegspropaganda in der Schule mit Mobilisierungen stören können.

Jede Besatzungsmacht gibt sich als große HelferIn aus – doch für die „humanitäre Hilfe“, die angeblich in Afghanistan geleistet wird, hat die deutsche Regierung **nicht mal 10% so viel ausgegeben** wie für die Kriegsführung! Der „zivile Aufbau“, der unter anderem von der Grünen Partei gelobt wird, bedeutet die Ausbildung von einheimischen Kolonialtruppen und die Schaffung von günstigen Ausbeutungsbedingungen.

Es reicht nicht, einen kapitalistischen Staat aufzufordern, sich friedlich zu verhalten. Die

Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen nicht nur kritisiert, sondern auch **aktiv bekämpft** werden, mit Demonstrationen, Schülerstreiks und Streiks der ArbeiterInnen, um die Kriegsmaschinerie zu stoppen. Wir müssen auch den bewaffneten Widerstand der Betroffenen unterstützen, auch wenn diese Widerstandsbewegungen von Kräften geführt werden, die alles andere als fortschrittlich oder sozialistisch sind.

Um alle Kriege zu beenden, müssen wir die Welt verändern. Wir von REVOLUTION bauen deshalb weltweit eine revolutionäre Jugendbewegung auf, um **gegen Krieg und das System, das dahinter steckt**, zu kämpfen.



SELBER MACHEN: TRANSPIS MALEN

Mit Transparenten könnt ihr der ganzen Welt sagen, was euch nicht gefällt. Aber wie malt mensch ein Transpi?

Geht zu einem Baumarkt oder einem Textilien-Shop und besorgt euch etwas Stoff und dazu normale Wandfarbe, sowie ein wenig Kreide. Wenn es ein großes Transparent werden soll, dann kauft ihr z. B. ein 1,50 x 2,50m großes Stück Stoff.

Nehmt euch etwas Zeit für einen guten Transpi-Spruch und zeichnet dann mit Hilfe der Kreide die Buchstaben. Falls dabei etwas schief geht, kann mensch die Kreide einfach wieder wegwischen. Ihr könnt die Farbe auch einfach aufsprühen – das hat dann einen gewissen Underground-Flair, ist aber schwerer zu erkennen. Es sieht am schicks-

ten aus, wenn mensch das Design auf eine Folie kopiert und mit einem Overhead-Projektor auf das Transparent projiziert.



Vor dem Bemalen des Transparents solltet ihr alte Zeitungen darunter legen. Ein Teil der Farbe wird durch den Stoff sickern und die Zeitung sollte diese Farbe aufsaugen, damit hinterher nicht „NAZIS RAUS!“ auf dem Küchenboden steht. Obwohl das

auch irgendwie cool wäre...

Wenn ihr erstmal ein Transpi habt, könnt ihr damit machen, was ihr wollt: Hängt es irgendwo auf, nutzt es für euren Infotisch, nehmt es auf Demos mit oder befestigt an den Enden Holzstäbe, um es möglichst hoch zu tragen.

Mittlerweile existiert auf vielen Demos die Auflage, dass Seitentranspis nicht länger als 1,50m sein dürfen. Da muss aber erstmal bewiesen werden, dass euer Transpi die Grenze überschreitet – ihr könnt euch an die genaue Länge nicht erinnern! Transpis können für die Verteidigung einer Demo gegen Polizeiangriffe sehr hilfreich sein, aber manchmal macht es mehr Sinn, diese Konfrontation zu meiden.

Frieden herbeibomben!

Was die Besatzungstruppen in Afghanistan rumtreiben

„Frieden für Afghanistan! Bundeswehr raus!“ – Das ist der Titel der Demonstration am 15. September in Berlin. Seitdem der Bundestag im März dieses Jahres beschloss, sechs Tornado-Flugzeuge und 500 SoldatInnen zusätzlich nach Afghanistan zu schicken, ist der Einsatz am Hindukusch in der öffentlichen Diskussion. Nun steht eine Verlängerung des Einsatzes an. Deshalb gibt es die Demo und – am gleichen Tag – einen Sonderparteitag der Grünen.

Die liberale Partei mit den linken Wurzeln tut sich nämlich an der Basis noch ein wenig schwer mit Kriegseinsätzen. Hans-Christian Ströbele, das „linke Gewissen“ der Grünen, hat im Vorfeld des Parteitages ein Positionspapier zum Thema veröffentlicht. Darin erklärt er, dass „die Unterscheidung zwischen OEF-Mandat und ISAF-Mandat nicht mehr weiter hilft.“

Zwei Militäreinsätze

In Afghanistan laufen nämlich zwei Militäreinsätze. Die „Operation Enduring Freedom“ war die Reaktion der NATO auf den 11. September 2001. Unter der Überschrift „Recht auf Selbstverteidigung“ wurde bis Dezember 2001 Afghanistan angegriffen, die Taliban-Regierung gestürzt und eine besatzertreue provisorische Regierung gebildet. Diese „afghanische Regierung“ bat die UNO um Hilfe und diese beschloss prompt die Entsendung der „International Security Assistance Force“. Die ISAF-BesatzerInnen waren erst nur in Kabul stationiert, inzwischen sind sie in ganz Afghanistan aktiv. Wenn Christian Ströbele von den Grünen schreibt, OEF- und ISAF-Besatzer wären kaum mehr voneinander zu unterscheiden, dann hat er recht, denn wo soll in der Praxis der Unterschied liegen zwischen der „Bekämpfung verbliebener militärischer oppositioneller Kräfte“ (OEF) und der „Aufrechterhaltung der Sicherheit“ (ISAF)? Aber warum ist die Unterscheidung so wichtig?

Der „Einsatz der Tornados“ im Süden Afghanistans ist für Ströbele „weiterhin der Sündenfall“. Aber: Ist die militärische Unterstützung der verbündeten Truppen nicht die logische Folge des gemeinsamen Ein-

satzes? Für Ströbele nicht. Er fordert: „Einsätze ausländischer Truppen sind auf die Sicherung der Bevölkerung und der Aufbauprojekte zu begrenzen.“ Aha: Während Ströbele den „offensiven Krieg im Süden“ verurteilt, scheint das Besatzungsregime im ruhigeren Norden für ihn weniger ein Problem darzustellen.

Deutsch-Nordafghanistan

Im Norden steht ein deutscher Brigadegeneral an der Spitze des Regional Command (RC), das die gesamten zivilen und militärischen Aktivitäten in der Region kontrolliert. Der deutsche Imperialismus ist in Afghanistan außerordentlich aktiv. Nicht nur die Bundeswehr verteidigt dort „deutsche Interessen“, auch das deutsche Außen- und das Innenministerium und darüberhinaus das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Deutsche Entwicklungsdienst und die Kreditanstalt für Wiederaufbau engagieren sich in dem Land.

Deutsche kümmern sich um die „Aus- und Fortbildung von afghanischen Polizisten“, um die „bauliche und fachliche Rehabilitierung von Schulen“ (natürlich mit Deutsch als Unterrichtssprache) und sind „in der Spracharbeit und der Lehrerfortbildung tätig“. „Die Deutsche Welle liefert täglich einen 10-Minuten-Nachrichtenblock in Dari und Paschtu an den afghanischen Staatssender, betreibt Ausbildung und leistet technische Hilfe.“

Natürlich sind Siemens, Chrysler usw. auch in Afghanistan und „helfen beim Wiederaufbau“. Die BRD hat ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit der Islamischen Republik unterzeichnet und bereits 2002 der afghanischen Regierung einen Berater für Investition und Handel zur Seite gestellt.

Während also das Wiederaufbaugeschäft blüht, sind 70% der Afghanen unterernährt, 1/4 haben keinen Zugang zu Trinkwasser und 90% keinen Strom. Im letzten Jahr starben in Afghanistan 4.000 Menschen in militärischen Auseinandersetzungen.

So „helfen Deutschland und die internationale Gemeinschaft Afghanistan, ein stabiles Land zu werden, in dem die Menschen sicher leben können und selbst über ihre Zukunft bestimmen.“ (O-Ton Auswärtiges Amt) – Danke Deutschland!

von Jalava, Revo Berlin

Als größtes Freiluftgefängnis der Welt gilt der Gazastreifen, ein Küstenstreifen am Mittelmeer, etwa 40 km lang und 10 km breit. Er ist etwa ein Drittel so groß wie Berlin, dennoch mit 1,4 Millionen EinwohnerInnen dichter besiedelt. 81% von ihnen leben unter der Armutsgrenze.

An den nördlichen und östlichen Grenzen gibt es eine große Mauer. Der Luftraum und die Küste werden von den israelischen Streitkräften kontrolliert. Selbst die Grenze zu Ägypten im Süden wird von Israel überwacht. Die EinwohnerInnen können diesen kleinen Landstreifen nur in Ausnahmefällen verlassen.

Seit Januar 2006 sind die Almosen, von denen die Menschen im Gazastreifen gelebt haben, gestoppt worden und seit Juli 2007 ist er vollständig von der israelischen Armee belagert. Militärische Übergriffe auf Gaza finden ständig statt.

Der Hintergrund ist der Wahlsieg der islamistischen Partei Hamas in den palästinensischen Gebieten im Januar 2006. Die Hamas wurde von Israel und dem Imperialismus in eine Koalitionsregierung mit der bürgerlich-nationalistischen Fatah gezwängt, die die ungeliebte Hamas so schnell wie möglich los zu werden versuchte.

So drangen im Januar von Ägypten aus KämpferInnen des lokalen Fatah-Warlords Mohamed Dahlan in den Gazastreifen ein, deren Ausbildung mit CIA-Geldern in Ägypten gewährleistet war. Ziel der Dahlan-Truppe war es, die im Gazastreifen sehr populäre Hamas zurückzudrängen. Bei den ausbrechenden Kämpfen behielt allerdings die Hamas die Oberhand gegen die numerisch und materiell besser dastehenden Fatah-Kämpfer, was einerseits einer überlegenen Taktik, aber vor allem dem Rückhalt in der Bevölkerung geschuldet ist.

Wie kam es dazu?

Die Entwicklung, die sich nun im Gazastreifen abspielt, ist nur zu verstehen, wenn menschlich die Hintergründe ansieht: Der Gazastreifen wurde 1967 von Israel besetzt. Der Kampf der PalästinenserInnen für nationale Selbstbestimmung erreichte erst mit der ersten Intifada, dem palästinensischen Aufstand von 1987, Massencharakter. War der Widerstand ursprünglich von der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO (einem Bündnis, dessen stärkster Teil die Fatah ist) geführt, trat mit der ersten Intifada eine neue politische Kraft die Bühne: die islamistische Hamas.

Die erste Intifada endete mit den Friedensabkommen von Oslo 1993. Die dabei entstandene palästinensische Autonomiebehörde um Jassir Arafat wurde bald zu einem Hort der Korruption und Vetternwirtschaft. Für die PalästinenserInnen verschlechterte sich die Situation weiter – trotz des Friedensprozess ist ihr Lebensstandard zwischen 1993 und 2001 um 40% gesunken. Die israelische Militärrepression war nur etwas zurückgezogen, aber weiter allgegenwärtig.



deutsche Interessen im Visier

Bürgerkrieg

in Palästina

Der Gazastreifen wird zum größten Freiluftgefängnis der Welt

Der Aufstieg der Hamas zu einem bedeutenden Faktor ging mit der zweiten Intifada ab 2000 einher, bei der der Massenkampf begleitet war durch terroristische (Selbstmord-) Attentate – Kampfformen, die Ausdruck militärischer Schwäche gegenüber dem israelischen Militärapparat sind. Die neue Intifada war Ausdruck der Enttäuschung über das Oslo-Abkommen und der hoffnungslosen Situation im Westjordanland und im Gazastreifen.

Bei den ersten Wahlen zur Autonomiebehörde im Januar 2006 erzielte die Hamas eine absolute Mehrheit. Auf diese demokratischen Wahlen antworteten die imperialistischen Staaten und Israel mit der Streichung von Geldern und der Nicht-Auszahlung von Steuereinnahmen, die vom israelischen Militär eingetrieben werden..

Hamas und Fatah

Die Fatah war ursprünglich der Kern der PLO (zu der auch stalinistische Gruppierungen wie PFLP und DFLP gehören) und vertrat ein bürgerlich-nationalistisches Programm (für ein säkulares, arabisches Palästina) und setzte auf eine Guerillastrategie. Vor allem mit der Schaffung der palästinensischen Autonomiebehörde wurde die PLO immer mehr zu einer reinen Herrschaftsclique, die sich Posten und Hilsgelder zuschanzte und offen die Politik des Imperialismus durchsetzte. Dadurch hat sie einen Großteil des Rückhalts in der Bevölkerung im Gazastreifen, aber auch im Westjordanland, verloren.

War die Hamas ursprünglich von Israel unterstützt worden und spielte mit ihrer religiösen Doktrin eine reaktionäre Rolle, wurde sie zur Hauptkraft des Widerstands gegen die israelische Besatzung. Dazu trugen auch ihre sozialen Projekte wie Schulen und Krankenhäuser bei. Ihre Rolle ist zweischneidig, einerseits ist sie als islamistische Organisation der geschworene Todfeind der organisierten ArbeiterInnenbewegung, andererseits erscheint sie vielen PalästinenserInnen als die

konsequenteste Kämpferin gegen das Besatzungsregime.

RevolutionärInnen können in einem Konflikt zwischen dem proimperialistischen Kollaborationsregime der Fatah und der von der Bevölkerung als Widerstandskraft wahrgenommenen Hamas nicht neutral sein. Die Hamas sollte durch einen stillen Staatsstreich im Gazastreifen entmachtet werden und wurde als Resultat der Kämpfe aus der Regierung geworfen. Nun will die Fatah sie noch von den Wahlen ausschließen. Wie sehr wir auch die Hamas und ihre reaktionäre Ideologie und Politik bekämpfen müssen, können wir nicht neutral zusehen, wie ihr – und somit den PalästinenserInnen – die elementarsten demokratischen Rechte vorenthalten werden.

Perspektivlosigkeit

Die New York Times sprach zum Beispiel mit einem 19jährigen Kämpfer der Hamas: „Ich bin sehr pessimistisch“ sagt er. „Aber ich habe das Gefühl, ich kann mein Leben der Sache opfern. Ich finde dieses Leben sehr langweilig, ehrlich gesagt. Dieses Leben hat keine Bedeutung für mich.“

Der Islamismus nährt sich von der Hoffnungslosigkeit unter den PalästinenserInnen. Eine fortschrittliche politische Bewegung müsste eine klare Perspektive für ein besseres Leben für die palästinensischen Massen diesseits des Himmels anbieten.

Wie könnte diese Perspektive aussehen? Die Versprechen für einen „palästinensischen Staat“, die von den US-amerikanischen und israelischen Regierungen stets wiederholt werden, sind leer. Dieser „Staat“, selbst wenn er gegründet werden könnte würde seine Außengrenzen kontrollieren und er hätte keinen Platz für die rund 5 Millionen palästinensische Flüchtlinge in der Region, die in ihre Heimat zurückkehren wollen. Dieser palästinensische „Staat“, als Teil einer sogenannten „Zwei-Staaten-Lösung“, wäre nichts anderes als eine Kolonialverwaltung. Die er-

drückende Armut und die Arbeitslosigkeit unter den PalästinenserInnen, die letztendlich die Wurzel des Konfliktes darstellen, würden bleiben.

Eine wirkliche Perspektive ist nur jenseits der kapitalistischen Gesellschaft zu finden. Die herrschende Klasse Israels lebt gerade von der Besetzung und Israels Rolle in Nahost, und hat keinerlei Interesse an einem Frieden mit den arabischen Nachbarn. Auch eine dünne Schicht in Palästina hat sich in der Situation eingerichtet: die luxuriösen Villen von Fatah-PolitikerInnen im Riesenslum Gaza sind bekannt. Insofern können nur die Ausgebeuteten und Unterdrückten der Region die Grundlage für ein anderes System bilden.

Zusammen kämpfen!

Die PalästinenserInnen haben einen mächtigen potenziellen Verbündeten innerhalb der israelischen Gesellschaft. Israel ist, im Gegensatz zu den Vorstellungen der Antisemiten, kein Block mit einheitlichen Interessen, sondern eine Klassengesellschaft.

Die Unterschichten in Israel (Juden/Jüdinnen aus der arabischen Welt oder der ehemaligen Sowjetunion) leiden, wie sonst überall auf der Welt, unter den Folgen von Kürzungen und Privatisierungen, während der Staat unvorstellbare Summen fürs Militär ausgibt. Immer wieder kommt es zu sozialen Protesten – gegen Entlassungen, gegen Studiengebühren usw. – die aber recht schnell an ihren Grenzen stossen, wegen der Bunkerstimmung in der Bevölkerung und der vorherrschenden zionistischen Ideologie. Wenn die Klassenkonflikte in Israel sich zuspitzen, ist davon auszugehen, dass ein Teil der israelischen ArbeiterInnen vollständig mit dem zionistischen Block bricht und sich mit dem PalästinenserInnen als ihre Klassenbrüder und -schwester verbinden.

Der Widerstand der PalästinenserInnen ist legitim und von allen RevolutionärInnen in der Welt zu unterstützen. Unsere Unterstützung kann jedoch nur eine kritische sein, denn sowohl die bürgerlich-nationalistischen wie die islamistischen Kräfte haben keine Perspektive für eine wirkliche Befreiung: erstere wollen nur ihre eigenen Privilegien sichern, letztere schwächen den Widerstand mit dem Ausschluss von Frauen und Minderheiten aus dem gesellschaftlichen Leben und damit auch aus dem Widerstand.

Nur im gemeinsamen Kampf auf sozialistischer Grundlage kann die israelische Besatzung beendet und in eine sozialistische Revolution überführt werden. Internationalistische Israelis müssen den Widerstand der PalästinenserInnen unterstützen und die sozialen Kämpfe in Israel mit dem Kampf gegen die Besatzung verbinden. Genauso haben palästinensische InternationalistInnen die Pflicht, gegen antisemitische Vorurteile zu kämpfen.

von Wladek, Revo Berlin, und Stefan, RSO Berlin
längere Version des Artikels auf unserer Website

Die NPD verbieten wir!

Sollen wir fordern, dass der Staat Naziparteien verbietet?

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble steht unter schwerem Beschuss von Links. Zahlreiche von seinem Hause ausgearbeitete Gesetzesvorlagen, wie etwa die Online-Durchsuchung oder die gezielt Tötung von „Terrorverdächtigen“, rufen eine Vielzahl von AktivistInnen unterschiedlichster Couleur zu Protesten auf den Plan.

Doch es gibt auch linke AktivistInnen, die es lieber sähen, wenn ausgerechnet Schäubles Staatsapparat kräftig durchgreifen würde. Die Rede ist von der Kampagne „NO NPD“ der Vereinigung Verfolgter des Naziregimes (VVN), unterstützt von linken Parteien wie DKP und Die Linke.

NO NPD – aber wie?

Konzept dieser Kampagne ist es, möglichst viele Unterschriften zu sammeln, um so Druck auf die Bundesregierung und den Bundestag auszuüben, damit diese einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbotsverfahren starten. Die Organisatoren haben bis jetzt ca. 120.000 Unterschriften gesammelt. Es ist jedoch höchst fraglich, ob es sich um eine sinnvolle Aktionsform handelt. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein kapitalistischer Staat, der das grundlegende Interesse hat, antikapitalistische und sozialrevolutionäre Bewegungen zu unterdrücken. Gleichzeitig werden viele Flüchtlinge und Migranten, die in Deutschland ein menschenwürdiges Leben führen wollen, mit Schikanen, Medienhetze, Abschiebungen und jeder Menge Strafverfahren verfolgt.

An genau diesen Staat appelliert die Kampagne von „NO NPD“ und schürt damit gleichzeitig die Illusion in der Bevölkerung, der Staat sei

eine demokratische Institution und habe ein grundsätzliches Interesse daran, den Faschismus zu bekämpfen.

Vielmehr sind die Nazis für die herrschende Klasse in Deutschland eher ein Imageproblem. Alle etablierten PolitikerInnen gefallen sich in der Rolle des zutiefst Betroffenen, wenn wieder irgendwo in Deutschland ein rassistischer Übergriff stattfindet, der öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Hetzjagd gegen InderInnen in Mügeln vor ein paar Wochen. Im politischen Alltag greifen die gleichen PolitikerInnen jedoch, abgesehen von wenigen Alibiaktionen, immer wieder gern auf rassistische und nationalistische Ideologiefragmente zurück, wie etwa bei der „Du bist Deutschland“-Kampagne und bei der Begründung für Auslandseinsätze der Bundeswehr („Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“).

Wer verbietet wen?

Sehr beliebt ist es bei den Bundesbehörden zudem Gesetze, die das Verbot von faschistischen Organisationen ermöglichen, im gleichen Atemzug auch gegen linke Vereinigungen zu nutzen. In den 50er Jahren wurde auf dieser Weise kurz nach dem Verbot der faschistischen SRP auch die linke KPD verboten. In den 90ern war kurz nach dem Verbot der Neonazipartei FAP auch die kurdische Befreiungsbewegung PKK dran. Auf ihrer Webseite versuchen die MacherInnen der Kampagne Befürchtungen vor einer Verbotswelle gegen links zu zerstreuen indem sie erklären: „Im Grundgesetz gibt es keine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextrémismus“. Inwiefern das aber den

Staat davon abhalten soll, die bestehenden Rechtslage auch gegen Linke einzusetzen, bleibt angesichts der vielen Verfahren gegen Linke wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ unklar.

Diese sehr anpasslerische Haltung ist keinesfalls Zufall sondern eine Folge der reformistischen Ausrichtung der Leute hinter „NO NPD“. Sie glauben die bestehende Ordnung ohne große Erschütterungen durch schrittweise Reformen und Verbesserungen, wie halt ein Verbot der NPD, hin zu einer sozialistischen, klassenlosen Gesellschaft verändern zu können. All jene Errungenschaften, die mühsam innerhalb des kapitalistischen Systems errungen wurden, können jedoch jederzeit wieder von den MachthaberInnen einkassiert werden. Deswegen können wir als Linke und als AntifaschistInnen uns perspektivisch nicht auf reformistische Positionen verlassen.

Wir müssen deshalb unsere Forderungen ständig gegen die staatlichen Ordnung richten. Die Nazis können nur wirksam durch Aktionseinheit aller vom Faschismus verfolgten und bedrohten Menschen gestoppt werden, also besonders MigrantInnen, alternative Jugendliche und die Arbeiterbewegung.

Kampf oder Unterschrift?

Wichtiger als Unterschriftenlisten mit Appellen an den Staat sind deswegen konkrete antifaschistische Strukturen in Schulen, auf den Unis, in den Betrieben und in den Stadtteilen, die immer auf den Plan treten, sobald Nazis und staatliche RassistInnen sich in ihrer Umgebung breit machen oder sie direkt bedrohen. Die Verteidigung gegen die faschistische Gewalt – und das faktische Verbot aller faschistischen Umtriebe – ist Aufgabe der Selbstverteidigungsstrukturen der Bevölkerung und nicht der Staatsgewalt.

Die Menschen, die gegen die NPD unterschrieben und diese Kampagne unterstützt haben, wollen etwas gegen die stärker werdende faschistische Bewegung unternehmen. Doch als Linke müssen wir klar machen, dass „Druck auf das Parlament“ allein gar nichts wert ist – wer sich auf den kapitalistischen Staat verlässt, ist verlassen. Wenn jedoch die 120.000 UnterzeichnerInnen aktiv gegen Nazis vorgehen würden, hätte die NPD keine Chance.

Wir müssen dafür eintreten, den antifaschistischen Kampf mit allen fortschrittlichen Kämpfen, die in der Bundesrepublik geführt werden, sei es gegen Sozialabbau, für die Gleichberechtigung von Frauen oder gegen das rassistisch geregelte Bleiberecht, zu verbinden. Denn nur durch die Zerschlagung des kapitalistischen Systems können wir den Faschismus endgültig beseitigen.

von Carsten, Revo Berlin



Glaubst du, dass der Staat mich aufhält?

Am 4. August fand das Antifafestival in der großen Halle der Reitschule Bern statt. Die gute und meist friedliche Stimmung wurde leider während des vorletzten Konzertes am Samstagabend getrübt: Der Band wurden die Verstärker abgestellt, ein Genosse betrat die Bühne und bat die 1500 anwesenden Personen, die Halle so schnell wie möglich zu verlassen. Dank des professionellen Verhaltens der Organisation, konnte eine Massenpanik verhindert werden.

Nachdem wir eine halbe Stunde vor dem Kulturzentrum herumstanden wurde uns mitgeteilt, dass ein Brandsatz im inneren der Halle gefunden worden sei. Das letzte Konzert wurde abgesagt und ich begab mich auf den Heimweg. Durchs Internet und einige Kontakte zu GenossInnen in Bern erfuhr ich später, dass es sich um einen Rucksack mit einem Zünder und einer „brennbaren Flüssigkeit“ handelte. Auch ich sah einen besitzerlosen Rucksack mitten in der Menschenmenge herumliegen, dachte allerdings nie an einen Brandanschlag.

Ein aufmerksamer Besucher oder Security schlug höchstwahrscheinlich Alarm, woraufhin die Tasche durch einen Seiteneingang nach draußen gebracht wurde und kurz darauf detonierte. Es ist nicht auszudenken, wie der Abend zu Ende gegangen wäre, wenn der Rucksack mitten in der Halle in die Luft

Bombe in Bern

Augenzeugenbericht zum Anschlag aufs Antifa-Festival

gefliegen wäre. Mit Toten hätte mensch rechnen müssen.

Wer hinter dem versuchten Anschlag steht wird noch abgeklärt. Die Veranstalter (und auch ich...) gehen von einem feigen Faschoakt aus. Schon nach der 1.-August-Feier auf dem Rütli, welche bekanntlich nicht im Interesse der Nazis abgelaufen ist, explodierte ein im Boden vergrabener Brandsatz mit Zeitzündler. Ich denke auch an „Mollyanschläge“ und Schüsse auf Asylunterkünfte.

Wir müssen davon ausgehen, dass RechtsextremistInnen an einen Punkt gelangt sind, an dem sie vor nichts mehr zurückschre-

cken. In der Schweiz gibt es mittlerweile militante faschistische Strukturen; Gewaltakte von Rechts sind an der Tagesordnung.

Der Kampf gegen die faschistischen Banden, mit welchen Mitteln auch immer, ist notwendig und berechtigt. Das Problem Faschismus wird aber nicht einfach gelöst werden, indem wir ein paar FaschistInnen wehtun, sondern kann nur mit der Überwindung des Kapitalismus beseitigt werden. Bekämpfen wir konsequent das System und alle seine Auswüchse! Nur eine revolutionäre Perspektive kann uns voran bringen!

von El Monfi, Revo Bern, www.revolution.ch.tc



Antifaschistische Demo in Bern

ANZEIGE



Die Tageszeitung

junge Welt

Block G 8 geht weiter
Ab 10 Uhr Blockaden rund um das Tagungszentrum in Reutigen. In Reutigen wird der Blockungsfestpunkt. Ab 18 Uhr arbeiten Göttinger, Bonn und die Tote Haus. Die Stimme gegen Armut in Reutigen

Gegründet 1947 · Donnerstag, 7. Juni 2007 · Nr. 130 · 1,10 Euro · PPS1A002 · Einzelt bezahlbar

Widerspruch Widbank, WFD und VFF müssen weg. Rege Beteiligung beim Alternanzgeld in Rostock	Farbenrevolution Orange in Caracas. Studentenproteste in Venezuela werden von ausländischen Gruppen beeinflusst	Gegenentwurf Wider die freien Versprechungen der G-8 Alternativen in Lissabon. Amerika. Von Sahn Wagenknecht	Gewaltverhältnis Die blauen Kleider zurück nach Berlin. Ein Brief von Raul Zeik an Peter Wöhl von ATTAC.
---	---	--	--

Durchbruch zum Zaun

10 000 Demonstrationen drängen in Sicherheitszone um Heilbronn. Stunden nicht auf dem 1...

Doppelanschlag in Bagdad

... den Hammer schmieden

Ja, ich abonniere die **junge Welt** für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

Das Abo geht nicht an mich, sondern an folgende Adresse

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Ich bestelle das

- Normalabo (mtl. 27,90 Euro),
- Solidaritätsabo (mtl. 35,90 Euro),
- Sozialabo (mtl. 20,90 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich bezahle das Abo

- monatlich (nur mit Bankeinzug),
- vierteljährlich (3 % Rabatt),
- halbjährlich (4 % Rabatt),
- jährlich (5 % Rabatt).

- per Einzugsermächtigung Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Als Dankeschön wähle ich eine der folgenden Prämien:

Christoph Twickel
HUGO CHÁVEZ Eine Biografie
Seine vehemente Anti-Bush-Haltung hat ihn zur Galionsfigur der neuen Linken in Lateinamerika gemacht. Das Buch erzählt vom Aufstieg des zur Zeit einflussreichsten Politikers Lateinamerikas. Edition Nautilus, 2006, 352 S.

Dietrich Kittner
SADISTEN. Wie ein Gesetz entsteht
Mit bissigem schwarzem Humor und verblüffender Logik zeichnet Kittner nach, wie die openicliche Befragung tatsächlich wieder Gesetz werden könnte, nicht nur in Abu Ghraib und Guantánamo, sondern auch im Land der Dichter und Denker. Independent entertainment, DVD, 50+26 Minuten

revolution

Die Prämie geht an mich den Abonnenten Ich verzichte auf eine Prämie

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin oder faxe ihn an die Nummer 0 30/53 63 55 44. Infos: www.jungewelt.de

WWW.REVOLUTION.DE.COM

REVOLUCIÓN

7

REVOCAMP

Jugendliche aus fünf Ländern waren beim Sommercamp von REVOLUTION in Liberec in Tschechien

Vom 23. bis 28. Juli fand das REVOCAMP 2007 statt, an dem junge AktivistInnen aus fünf verschiedenen Ländern teilnahmen. Von über vierzig Jugendlichen waren viele Mitglieder von der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION, andere hatten über verschiedenste Wege zu uns gefunden und staunten über das volle Programm.

Tagsüber liefen Vorträge, Diskussionen und Workshops. Aber das riesige Studentenheim in der tschechischen Stadt Liberec brummelte jeden Tag bis spät in die Nacht, denn nach den vielen Diskussionen wollten die jungen RevolutionärInnen auch trinken, tanzen und revolutionäre Lieder singen.

Aufgewacht!

Am Montag um Punkt zehn Uhr begann das Camp offiziell mit dem Eröffnungsplenum, samt kurzer Vorstellungsrunde, unbedingt einzuhalten der Regeln („Bettruhe um 22:00 Uhr und kein Tropfen Alkohol!“ – was recht schnell als Verarsche erkannt wurde) und der Ausgabe von Essensmarken für die Mensa, in der wir aßen.

zung des tschechischen Essens auf Papier zu bringen, was besonders für die erste Ausgabe bis tief in die Nacht dauerte.

Jede Menge Neues

Circa zwanzig Veranstaltungen gab es über vier Tage verteilt, sodass die Vielfalt an Referaten, Diskussionen und Workshops für alle TeilnehmerInnen etwas bereithielt. Referate wurden von vielen jungen GenossInnen gehalten und die Themen waren unter anderem: Faschismus und „Antikapitalismus“ von Rechts, der Unterschied zwischen Anarchismus und Marxismus, die Wurzeln der Frauenunterdrückung, die Schule im Kapitalismus, die Tradition des Trotzismus, das Werk von Bertolt Brecht und vieles mehr.

Zwischen den Veranstaltungen gab es Mittagessen und einige Mutige nutzten auch den See für kurze Schwimmübungen, bevor es weiterging. In Erinnerung geblieben, neben einigen sehr guten Referaten, sind die praktischen Workshops: Straßentheater machen, Taktik für Demonstrationen üben, ein Transparent malen, anonym im Internet surfen usw.

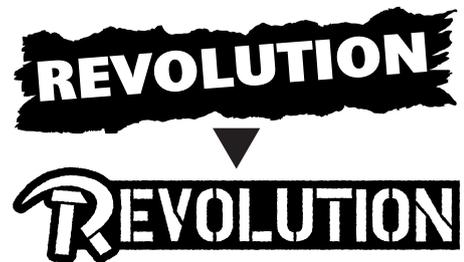
Längerfristige Perspektive

Das REVOCAMP fand schon zum fünften Mal in Tschechien statt. Viele CampteilnehmerInnen waren zum ersten Mal dabei – aber die Leute, die schon ein paar Camps hinter sich hatten, waren sich einig, dass dieses Camp nicht nur größer sondern auch besser organisiert war als letztes Jahr.

Einige Jugendliche entschieden sich während des Camps, sich der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION anzuschließen, denn der Kampf gegen den Kapitalismus kann nicht auf eine Woche im Sommer beschränkt sein! Diese Woche des REVOCAMPs ist wichtig, um nachzudenken und zu diskutieren, damit mensch auf die Kämpfe in den übrigen 51 Wochen im Jahr besser vorbereitet ist.

Insofern wird diese einzigartige Versammlung von antikapitalistischen Jugendlichen weitergehen.

Susen, Revo Plauen, und Wladek, Revo Berlin



Neues Logo!

Bei der internationalen Konferenz von REVOLUTION am 28. Juli in Liberec hat eine große Mehrheit der Mitglieder beschlossen, dass wir ein neues Logo brauchen. Ein Dutzend Vorschläge wurden eingereicht und es dauerte mehrere Wochen, um eine Abstimmung unter allen Mitgliedern international zu organisieren. Aber in der letzten Stichwahl hat eine zwei-Drittel-Mehrheit für das Logo oben gestimmt.

Wir haben entschieden, Hammer und Sichel zu verwenden, als Symbol der sozialistischen Revolution, des Bündnisses zwischen ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen, um den Kapitalismus zu zerschlagen. Manche werden einwenden, dass heutzutage nur ein kleiner Teil der Arbeiterklasse Hammer benutzt – ein besseres Symbol für die moderne Arbeiterklasse wäre vielleicht ein Roboterarm am Fließband, ein Telefon-Headset im Callcenter oder eine Uniform im Fastfood-Restaurant. Es gibt auch wenige richtigen Kleinbauern/-bäuerInnen, eher kapitalistische Landwirte und LandarbeiterInnen.

Das gilt aber nur in den industriell entwickelten imperialistischen Ländern. Wir sind eine weltweite Bewegung, und in den halbkolonialen Ländern ist es nicht außergewöhnlich, dass ArbeiterInnen Hammer am Fließband oder Sichel auf dem Land benutzen.

Hammer und Sichel werden oft mit der Sowjetunion unter Stalin oder anderen sogenannten „kommunistischen“ Staaten in Verbindung gebracht, und wir definieren solche Staaten sicher nicht als sozialistisch. Doch seitdem diese Staaten zusammengebrochen sind oder den Kapitalismus wieder eingeführt haben, wird dieses Symbol wieder unter radikalen Jugendlichen populärer, wie bei jedem Protest gegen die kapitalistische Globalisierung zu sehen ist.

D.h. unser Logo hat ein traditionelles Element. Aber das Logo ist eine Schablone, die mit Sprühfarbe gemacht werden kann. Das gibt uns die Möglichkeit, unsere roten Fahnen billig zu basteln und in die Ästhetik der Städte um uns herum einzugreifen. Graffiti ist eine Jugendkultur, die RevolutionärInnen aneignen können.

Bei der internationalen Konferenz haben wir auch Thesen beschlossen, um die Bedeutung von unabhängigen Jugendorganisationen für die revolutionäre Bewegung zu erklären. Sie sind auf unserer Website zu finden:

www.revolution.net.tf



Die Campzeitungen

Eine Einführung in den Marxismus bot dann der erste Vortrag, um einige Konzepte vorzustellen, die während des gesamten Camps verwendet wurden. Anschließend wurde in einem praktisch orientierten Workshop das Konzept der „Camp-Zeitung“ vorgestellt. So traf sich für den Rest der Woche an jedem Abend ein neues Redaktionsteam, um die besten Camp-Gerüchte, Bade-Tipps und Spekulationen über die Zusammenset-



Terrorist auf Vorrat

Mit der Vorratsdatenspeicherung nimmt die Überwachung in der BRD massiv zu

Verfolgt mensch die aktuellen, politischen Ereignisse – insbesondere mit Blick auf die Innenpolitik unseres Innenministers Wolfgang Schäuble – so fühlen sich einige sicherlich an die Zeiten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR erinnert.

Wer jetzt denkt, die Überwachungsmaßnahmen der als „Stasi“ bezeichneten Organisation seien das Non-plus-ultra der Überwachung gewesen, dem sei gesagt dass Mielke & Co einen Überwachungsapparat wie er bereits heute in unserer BRD existiert und momentan unter dem Banner der „Terrorismusabwehr“ weiterhin ausgebaut wird, sich nie hätten erträumen lassen.

Allerdings muss der Fairness halber erwähnt werden, dass die seit längerer Zeit heiß diskutierte Idee der so genannten Vorratsdatenspeicherung (VDS) zur Abwechslung nicht seitens unseres Überwachungsministers Schäuble initiiert wurde, sondern von einem Beschluss der EU ausging, welcher in der BRD durch Schäuble und seine Kollegen nur noch weiter perfektioniert wurde.

Doch worum handelt es sich eigentlich bei der Vorratsdatenspeicherung?

Dieses, wohl mit Absicht irreführend gewählte Wort fasst die gesetzliche Pflicht von Telekommunikationsbetreibern zusammen, bestimmte Telekommunikationsdaten der TeilnehmerInnen für sechs Monate zu speichern und auf Anfrage Ermittlungsbehörden und Geheimdiensten zur Verfügung zu stellen.

Was wird gespeichert?

Gespeichert werden soll, wer wann und mit wem telefoniert, gesimst oder gemailt hat und wann welche Verbindungen über das Internet aufgebaut wurden. Dabei werden bei Telefongesprächen über das Festnetztelefon die Zeit des Anrufes, sowie voller Name und volle Anschrift, sowohl des Anrufers, als auch des Angerufenen für sechs Monate in einer Datenbank festgehalten. Bei einem Telefongespräch über das Mobiltelefon greift der Überwachungsapparat noch tiefer in die Privatsphäre ein, – denn es wird zusätzlich gespeichert von wo der Anruf getätigt wurde.

Doch nicht nur die analogen Kommunikationswege fallen der Überwachung zum Opfer – auch das von Schäuble als „Fernuniversität und Trainingscamp für Terroristen“ bezeichnete Internet bleibt nicht verschont. So werden nicht nur Telefonate, sondern auch E-Mail-Kontakte und alle sonstigen Verbindungen, welche über das Internet hergestellt werden in den Datenbanken gespeichert.

Wer eine E-Mail versendet landet mit der benutzen E-Mail-Adresse, sowie der E-Mail-

Ich hab' nichts zu verbergen!

Blutgruppe B, Herzinfarkttrisiko 14%, KV-Datensatz (Genanalyse) liegt vor, Krankenversicherung: Standard, Zusatzversicherung angeboten (File 23A18)
Risikoklasse 4 - (Nachuntersuchung erforderlich in Q8, Verdacht auf KV-Risiko Stufe 3)
Drogenkonsum: Nicht aktuell.
Alkoholkonsum mittel bis niedrig,
Einkommen €1434;- , RV, PV, KS, VWL
Kredit: DB, €40.000, Konto: €-729
Zahlungsmoral: nachlässig, Versand auf Rechnung einstellen, Kundennr: 393848, Punkte: 2930, Umsatzpotential nicht ausgeschöpft.
Interessensprofil Musik/Buch: liegt vor
Interessensprofil Reisen: liegt vor,
Bürgerklasse 3 (Normal, wiedervorlage, geplant 2009, ID-Code C89A839A) soziales Umfeld: Thomas B., Kerstin A., Verena L. (siehe Datensatz B33421)
Arbeitgeber K8273-23, Datenbankabgleich: OK
Verspätungen: 4, Abmahnung: Nein, Auto: Ford Fiesta, TÜV, Teilkasko, Verkehrsdelikte: 2 (leicht) 0 (schwer)
Risikostufe: 3, Tendenz fallend, Maut-ID A38-92384
Fahrzeugausschussdaten: liegen vor ab 04/2006
Politische Ausrichtung: SPD (bis 2005), seit 2005 Nichtwähler, Teilnahme an AK-Demo 2005 (Video #0232-4)

...bis auf meine Privatsphäre.

Adresse des Empfängers ebenso in einer Datenbank, wie jeder der sich ganz normal im Internet bewegt und beispielsweise gewöhnliche Webseiten aufruft – dabei wird die eigene, so genannte IP-Adresse (eine Art Identifikationsnummer um den entsprechenden Computer in einem Netzwerk eindeutig zu identifizieren) sowie die IP-Adresse des entsprechend aufgerufenen Dienstes (z.B. eine bestimmte Webseite) gespeichert.

Die Vorratsdatenspeicherung ist bereits beschlossene Sache – trotz einiger Proteste, unter anderem in Berlin, Bielefeld und Frankfurt, sowie den immer wiederkehrenden Einwänden von Datenschützern konnte die Vorratsdatenspeicherung nicht verhindert werden.

Im Moment wird von der Bundesregierung nur noch die Debatte geführt, ob die Telekommunikationsunternehmen bis zum 1. Januar 2008, oder erst bis Mitte 2008 verpflichtet werden sollen, ihre eigenen Kunden zu Opfern der staatlichen Überwachung zu machen.

Wo ist das Problem?

Die Vorratsdatenspeicherung wird seitens der Politiker mit der Bekämpfung des internationalen Terrorismus begründet. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass alle Bürger unter einen Generalverdacht gestellt werden, was wiederum gegen die in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgehaltene Unschuldsvermutung spricht.

Des Weiteren sind Fehlinterpretationen

der Daten bereits vorprogrammiert. Denn wenn man der Interpretation der Innenminister zum Terrorismus folgt, so sind schnell alle Islamistischen Gruppen und jene die Kontakt zu Menschen haben, welche Kontakt zu solchen Gruppen haben, Terroristen. Was dabei herauskommt, wenn aufgrund von Daten geurteilt wird, wird am Fall Murat Kurnaz schnell deutlich.

Da bei Handygesprächen ebenfalls der Ort, von dem aus das Gespräch gestartet wurde, gespeichert wird, lassen sich bei vielen Telefonaten schnell Bewegungsprofile des entsprechenden Handybesitzers erstellen – etwas, das bisher nur sehr schwierig von Ermittlungsbehörden über richterliche Beschlüsse erlaubt wurde, ist somit nun sehr einfach möglich.

Dies sind nur einige der zahlreichen Missstände, welche zusammen mit der Vorratsdatenspeicherung Einzug halten.

Da die bürgerlichen Medien kaum bis gar nicht über die aktuellen Entwicklungen hin zum orwellischen Überwachungs-Staat berichten, ist auch die Vorratsdatenspeicherung zu den wenigsten Menschen vorgeordnungen, und das, obwohl diese jede und jeden betrifft. Daher ist die Aufklärung der Bevölkerung über diese Entwicklung von großer Bedeutung, – denn niemand wird gegen etwas handeln, von dem er oder sie keine Kenntnis hat.

von Falco, Berlin

Die Russische Revolution war im Sommer auf einem Tiefpunkt: nach einem gescheiterten Aufstand im Juli hatte die Reaktion hart zurückgeschlagen. Die Sowjets wurden entmachtet, viele RevolutionärInnen landeten im Gefängnis, Überfälle auf ArbeiterInnen und ihre Organisationen waren an der Tagesordnung. Die Bolschewiki hatten massiv an Einfluss verloren. Doch noch vor Beginn des Augusts begann die bolschewistische Partei, wieder zu wachsen – und zwar rasanter als je zuvor. Die Repression entfremdete die Arbeiterschaft weiter von der „demokratischen“ Provisorischen Regierung unter dem Ministerpräsidenten Kerenski.

Die Staatsberatung

Kerenski berief eine „Staatsberatung“ nach Moskau ein, die seine Stärke demonstrieren sollte. Am 12. August kamen VertreterInnen einiger Arbeiterorganisationen und der Oberschichten nach Moskau, um dort ein Theaterstück der Einheit und Stärke aufzuführen. Doch unter der Führung der von der Beratung ausgeschlossenen Bolschewiki traten die Moskauer ArbeiterInnen in den Generalstreik: Kein Licht, kein Verkehr, keine Produktion. Die „Staatsberatung“ demonstrierte eher die Spaltung Russlands in zwei gegnerische Lager: Auf der einen Seite die ArbeiterInnen und armen Bauern/Bäuerinnen, auf der anderen die KapitalistInnen und GutsbesitzerInnen.

Schon während der Moskauer Beratung zeigte der Oberbefehlshaber der russischen Armee seine Präsenz: General Kornilow drohte, „entscheidende Schritte zur Rettung des Landes“ an, falls Riga in die Hände der Deutschen fiel. Doch Kornilow hatte den Termin für seinen Aufstand bereits auf den 27. August festgelegt. Sein Plan war folgender: Unter dem Vorwand der Reserve für die Verteidigung Rigas wurden Truppen um die Hauptstadt Petrograd zusammengezogen. Dann sollte ein „bolschewistischer“ Aufstand provoziert oder imitiert werden, worauf Kornilows Truppen in die Stadt einziehen würden, um dort die Regierung abzusetzen, die Bolschewiki zu vernichten und, so Kornilow, „wenn es notwendig sein sollte, den ganzen Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten aufzuhängen.“

Im Hauptquartier

Dem Ministerpräsident Kerenski war nicht entgangen, was sich im Hauptquartier der Militärs tat. Die Mächtigen gingen dort ein und aus, es war nur eine Frage der Zeit bis zur Erhebung der Generäle. Auf der anderen Seite standen die Volksmassen, die in immer größerer Zahl zu den Bolschewiki gingen. Kerenski stand allein und sah nur einen Ausweg: Er selbst würde die Forderungen der Generäle erfüllen.

Er trat in geheime Verhandlungen mit dem Hauptquartier und sie einigten sich da-

Der Kornilowputsch

Im September versuchte ein alter General einen Militärputsch



rauf, den Belagerungszustand zu verhängen und repressive Gesetze zu erlassen. Kornilow ging auf einige Forderungen Kerenskis ein, denn der Ministerpräsident mit dem Parteibuch der „Sozialrevolutionäre“ bot ihm eine wunderbare demokratische Deckung.

Doch diese Deckung währte nur kurze Zeit. Als Kerenski am 26. August weitere Verhandlungen über eine Militärdiktatur anbot, glaubte man im Hauptquartier, der Ministerpräsident wäre geliefert, und bat ihn, zur eigenen Sicherheit, ins Hauptquartier zu kommen. Doch Kerenski dachte nicht daran, in die Höhle des Löwen zu reisen.

Am 27. August erklärte Kerenski Kornilow für abgesetzt. Kornilow ging daraufhin an die Öffentlichkeit: „Gezwungen offen hervortreten erkläre ich, General Kornilow, dass die Provisorische Regierung unter dem Druck der bolschewistischen Sowjetmehrheit im völligen Einverständnis mit den Plänen des deutschen Generalstabs handelt, ... die Armee mordet und das Land im Innern erschüttert.“ In Eisenbahnstaffeln machten sich die Truppen der Putschisten auf den Weg nach Petrograd. Mit dabei waren auch englische Panzerwagen – der britische General Knox erklärte gegenüber einem amerikanischen Kameraden: „Ich bin an der Kerenski-Regierung desinteressiert, sie ist zu schwach; man braucht die Militärdiktatur ... dieses Volk braucht die Knute!“

Verhandeln und Verhandeln

Und Kerenski war schwach. Er verhandelte mit Generälen und bürgerlichen Politikern über die Errichtung eines diktatorischen Regimes, zusammen mit Kornilow. Fast wäre es Kerenski noch gelungen, auf die Seite der Konterrevolution überzugehen, als Vertreter eines Komitees bei ihm vorstellig wurden. Das „Komitee zum Kampfe gegen die Konterrevolution“ forderte ihn zum Handeln auf. Nun konn-

te Kerenski nicht anders, als zu versprechen, gegen die Konterrevolution zu kämpfen.

Nun betreten die revolutionären ArbeiterInnen und Soldaten die Bühne des Kampfes. Die Sowjets (Arbeiterräte) tagten ununterbrochen. Die „Roten Garden“ wurden aufgestellt, Soldaten lehrten den Umgang mit Waffen. Am 29. August standen vierzigtausend Rotgardisten unter Waffen. In Windeseile wurden Schützengräben ausgehoben, Unterstände und Stacheldrahtverhaue errichtet. Die Waffenfabriken liefen auf Hochtouren. Die Angestellten der Telegrafämter fingen die Nachrichten des Armeekorps ab und leiteten sie an das Komitee weiter. Aus Kronstadt und Wyborg kamen große Abteilungen revolutionärer Soldaten. Und von den zweitausend Konterrevolutionären, die in Petrograd den Aufstand beginnen sollten, war kein einziger auf den Straßen zu sehen.

Den wichtigsten Teil aber erledigte die Eisenbahngewerkschaft. Sie bewaffnete sich nicht nur, sie nahm die Schienen auseinander. Planlos, wurden die putschistischen Truppen mal hierhin, mal dorthin geleitet. Schließlich unterwarf sich ein General am 31. August, ohne eine einzige Kampfhandlung, dem Ministerpräsidenten Kerenski. Kornilow bekam zur Strafe Hausarrest.

Bolschewiki als SiegerInnen

Die Bolschewiki waren die klaren SiegerInnen des Kampfes. Schon lange vor dem Aufstand hatten sie unermüdlich vor der Gefahr der Konterrevolution gewarnt. Für die KapitalistInnen war die „demokratische“ Regierung zu schwach – als diese durch eine offene Militärdiktatur ersetzt werden sollte, waren die Bolschewiki vorbereitet und wussten, wie der Putsch zu verhindern war. Der Sozialdemokrat Suchanow schreibt: „Ungeachtet dessen, dass sie in der Minderheit waren, war es ganz klar: im Militärischen Revolutionskomitee gehörte die Hegemonie den Bolschewiki“.

Durch den direkten Kampf wurden die Bolschewiki, von denen viele in Kerenskis Gefängnissen saßen, automatisch in den Vordergrund gestellt. In den Tagen des Kampfes gegen Kornilow schrieb Lenin: „Wir werden kämpfen, wir kämpfen gegen Kornilow ... aber wir unterstützen Kerenski nicht, sondern entlarven seine Schwäche. Das ist ein Unterschied.“

Im Kampf gegen Kornilow sammelten die ArbeiterInnen die Kräfte (und die Waffen), um zwei Monate später auch die provisorische Regierung zu stürzen.

von Jalava, Revo Berlin

die Revolution ging nach Sept. weiter – diese Serie auch

KULTURREVOLUTION



Die Simpsons – Der Film

Nach 18 Staffeln und 400 Folgen war es endlich so weit: „Die Simpsons“ kamen ins Kino! Schon ab der ersten Szene zeigen die Simpsons-ProduzentInnen ihr Unbehagen darüber, in so einem riesigen kommerziellen Unternehmen verwickelt zu sein.

Die Serie fing an als eine autobiographische Darstellung einer Familie aus der amerikanischen „oberen unteren Mittelschicht“ (Homer). Matt Groening, der Showgründer, war früher ein Zeichner von Untergrund-Comics und ein Kritiker der sterilisierten Fernsehindustrie an. Ihm wird auch nachgesagt, in seinen jüngeren Jahren ein Sozialist gewesen zu sein.

Aber bald wurde aus dem ranzigen Cartoon eine riesige Industrie, Phrasen wie „D’oh!“ und „Eat my shorts“ fanden ihren Weg in die Alltagssprache. Vor allem die ersten Staffeln haben Empörung ausgelöst: Schulbehörden haben Simpsons-Produkte verboten, selbst George Bush (der Ältere) hat die Serie verurteilt.

Groening dazu: „Die Message der Simpsons war immer, dass Autoritätspersonen nicht immer deine Interessen im Sinn haben. Lehrer, Schulleiter, Pfarrer, Politiker - bei den Simpsons sind es alles Spinner, und ich finde, das ist eine tolle Message für Kinder.“

Der Film geht, wie auch das zweite Jahrzehnt der Serie, weniger um die normalen Probleme eines durchgedrehten Jungen und mehr um absurde Themen. Aber es gibt noch wie vor einen antiobligatorischen Anspruch. Die Themen sind Umweltzerstörung, Korruption von Regierungsbehörden, und Ahnungslosigkeit der PolitikerInnen. Springfield ist krass verschmutzt und der Chef der Umweltbehörde stülpt eine riesige Glaskuppel über die ganze Stadt - „und nicht nur, weil meine Firma die Glaskuppel hergestellt hat“. Der „Präsident Schwarzenegger“ unterstützt ihn dabei, weil er eh nicht versteht, was um ihn herum passiert.

Aber zentral im Film ist die typische Simpsons-Moral: die Familie muss zusammenhalten und das Gute setzt sich am Ende durch. Typischer Simpsons-Spaß, halt.

Aber Spider-Schwein ist einfach cool.

von Wladek, Revo Berlin



Die Fälscher

Ungewöhnlich für einen Film über den Holocaust erzählt „Die Fälscher“ die Geschichte von gleich mehreren Menschen in der krassen Auseinandersetzung mit dem NS-Regime.

Da haben wir den genialen Geld- und Dokumentenfälscher Salli, ein egoistischer und skrupelloser Gauner ohne irgendein Interesse an dem Wohl anderer Menschen. Ihm gegenüber steht Burger, ein Lichtdruckspezialist und aktiver kommunistischer Widerstandskämpfer in der Slowakei, bis er von der Gestapo gefasst und mit seiner Frau nach Auschwitz deportiert wird. Eine dritte Person ist der vormalige Kriminaloberkommissar in Sachen Geldfälscherei Herzog, inzwischen leitender Offizier der Blöcke 18 und 19 des Konzentrationslagers Sachsenhausen.

Dort treffen Salli, Burger und Herzog aufeinander, denn es gilt, eines der geheimsten Projekte der Kriegsführung zu realisieren: Die Überschwemmung und somit Zerstörung der britischen und amerikanischen Wirtschaft mit Falschgeld, um so den Krieg doch noch für Deutschland zu entscheiden. Für die Gefangenen Salli und Burger bedeutet das, die einzige Chance zu überleben, da die Nazis auf das Wissen dieser Spezialisten angewiesen sind.

Nur – mit jeder Blüte unterstützen sie das Regime, welches ihnen und ihren Lieben keine Lebensgrundlage bietet, und es scheint unmöglich, sich diesen Vernichtungssystem entgegenzustellen...

Die Geschichte selbst ist wahr und basiert auf den Erfahrungen und Erinnerungen von Adolf Burger, der bis heute in Schulen, Gedenkstätten und der Öffentlichkeit vom Grauen des Faschismus erzählt und zukünftige Generationen davor warnt.

Für die Verfilmung stellte er all seinen Rat zur Verfügung und so entstand ein Werk mit grandiosen Bildern und einer furchterregenden, beklemmenden Atmosphäre. Zu lesen ist das Ganze auch weniger dramaturgisch in seinem Buch „Des Teufels Werkstatt“

von Susen, Revo Plauen

Alleine ist es schwer zu kämpfen! Deswegen organisieren wir uns in der unabhängigen Jugendorganisation **REVOLUTION** und kämpfen für eine Welt ohne Rassismus, Sexismus, Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg – für eine Welt ohne Kapitalismus! Willst du mitkämpfen? Schau einfach bei der Revo-Gruppe in deiner Nähe vorbei oder besuche unsere Seite!

REVOLUTION Germany

berlin@revolution.de.com

barnau@revolution.de.com

plauen@revolution.de.com

rostock@revolution.de.com

wolfsburg@revolution.de.com

REVOLUTION Weltweit

International • www.revolution.int.tf

Schweiz • www.revolution.ch.tc

Tschechien • www.revo.cz.tc

Australien • www.revo.au.tt

Unabhängigkeits- erklärungen

Sollte eine kommunistische Jugendbewegung unabhängig sein? Antworten auf diese Frage von Liebknecht, Lenin, Trotzki, der Kommunistischen Internationale und anderen
40 Seiten, 2€



Der Weg zur Revolution

Das Manifest der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION – ein Fahrplan für die Weltrevolution! Beschlossen auf dem Revocamp 2003, geändert auf den Revocamps 2004 und 2007.
24 Seiten, 1€



ANZEIGEN

„Antikapitalismus“ von Rechts

Rechtsextreme und Neonazis haben die soziale Frage wieder entdeckt und predigen „Antikapitalismus“. Schon die NSDAP versuchte, mit sozialen Phrasen zu punkten. Neu allerdings ist die scheinbare Radikalität, mit der die deutsche Neonaziszene an diese Frage herangeht.
60 Seiten, 2,50€ • www.sozialismus.net



Wie der G8-Gipfel, aber Down Under.

Gegen den Gipfel der „Asia Pacific Economic Cooperation“ (APEC) am 8. September in Sydney!

George Bush. Er ist scheiße und wir alle wissen es. Es gibt viele Gründe, von Bush und seinem Besuch der australischen Ufer diesen September angekotzt zu sein: Der Irak-Krieg, der Klimawandel, die Angriffe auf die ArbeiterInnen, SchülerInnen, Studierenden und Aborigines, die von seinem Kumpel John Howard ausgeführt werden... Tausende Menschen aus ganz Australien werden gegen George Bush und den APEC-Gipfel am 8. September in Sydney auf die Strassen gehen.

Was ist die APEC?

Die APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) wird ein Gipfel für George Bush und John Howard, aber auch für die politischen FührerInnen Russlands, Chinas, Indonesiens und einen Haufen PolitikerInnen und KapitalistInnen aus 21 Ländern des asiatisch-pazifischen Raumes, sein. Der australische Staat wird circa 250 Millionen australische Dollar (150 Millionen Euro) ausgeben, um dieses Treffen zu beschützen. Die Innenstadt Sydneys wird für drei oder vier Tage dicht gemacht und der Polizei werden außerordentliche Mittel erlaubt, wie etwa willkürliche Durchsuchungen und die Einrichtung von „geschlossenen Sicherheitszonen“.

APEC-Gipfel sind für die Gruppenphotos, auf denen die FührerInnen der Welt in traditionellen Trachten posieren, bekannt. Aber worum geht es wirklich? Kurz gesagt, ist es einfach ein weiteres Treffen, bei dem die Herrschenden der Welt zusammenkommen, um die Beute von den vergangenen und zukünftigen Angriffen gegen die ArbeiterInnenklasse aufzuteilen.

Wie bei allen anderen Treffen dieser Art (G8, G20, WEF usw.) treffen die APEC-TeilnehmerInnen ökonomische Entscheidungen, die uns alle betreffen – hinter dem Rücken derer, die sie repräsentieren sie vorgeben. Wie bei allen anderen Treffen dieser Art, hören wir wie unsere glorreichen FührerInnen sich versammeln, um die Probleme der Welt zu lösen.

Beim G20-Gipfel ging es darum, „die Armut auf der Welt zu beenden“ – natürlich nicht darum, den Kapitalismus in bisher weniger ausgebeutete Gebiete auszudehnen. Dieses Jahr wird das Thema zweifelsohne „den Klimawandel aufhalten“ sein – es wird ja bestimmt nicht um die Ausbeutung benachbarter Inseln und anderer Regionen des asiatisch-pazifischen Raums gehen. Diese armen Regionen sind in diesen Diskussionen unterrepräsentiert. Aber einfach die Zahlen der Delegierten aus reichen und armen Staaten gleichzusetzen würde nicht helfen – diese Treffen sind grundsätzlich schädlich für unsere Klasse.

Und was wirklich?

Die APEC war schon immer ein Forum, auf welchem westliche Mächte ihren Einfluss auf die asiatischen Staaten sichern können, um die Überausbeutung von ArbeiterInnen zu begünstigen und von dieser zu profitieren. So betreibt Nike Sweatshops in Indonesien, die ihren ArbeiterInnen gerade mal 10 Cent pro Stunde bezahlen.

Die weltweite Ausdehnung der Macht der Konzerne zeigt, wer die wirklichen Herren unserer PolitikerInnen sind. Sie antworten nicht

uns – den ArbeiterInnen und Jugendlichen –, sondern Großkonzernen wie Nike, Microsoft, Coca Cola und McDonalds. Diese unterstützen die PolitikerInnen finanziell, um als Gegenleistung „Gefallen“ zu bekommen, die nicht nur Arbeitsgesetze und Menschenrechte verletzen, sondern auch die Kraft der ArbeiterInnenklasse weltweit schwächen. Deshalb müssen wir, als GewerkschafterInnen, SozialistInnen, AntikapitalistInnen, JugendaktivistInnen, diese Gipfel mit Demonstrationen, Blockaden und Streiks von SchülerInnen/StudentInnen und vor allem ArbeiterInnen bekämpfen.

Die Kämpfe verbinden

Während Bush, Howard, Putin und die Restlichen sich hinter verschlossenen Türen im Opernhaus treffen und von tausenden Bullen, privaten Sicherheitsleuten und GeheimdienstagentInnen beschützt werden, dürfen wir uns von dieser Einschüchterung und Repressionen nicht abschrecken lassen. Wir müssen weiterhin die Opfer vergangener Repression unterstützen, wie zum Beispiel die Menschen, die während der Anti-G20-Proteste letztes Jahr verhaftet wurden. Die Proteste werden diese „FührerInnen“ daran erinnern (und Menschen, die die Proteste von zu Hause beobachten, inspirieren), dass diese Städte unsere Städte sind. Dass diese Straßen unsere Straßen sind. KriegstreiberInnen, seien sie aus der Wirtschaft oder aus der Politik, sind hier nicht willkommen.

So wie sich die Herrschenden der kapitalistischen Welt treffen, um Unterdrückung und Ausbeutung zu koordinieren, müssen wir unsere Kämpfe gegen sie vereinigen. Wir müssen die Kämpfe der indonesischen Sweatshop-ArbeiterInnen, der australischen Studierenden, der europäischen AntikapitalistInnen und der irakischen WiderstandskämpferInnen zusammenbringen. Deshalb kämpfen wir für die Bildung einer neuen Jugend- und ArbeiterInneninternationale, um die Unterdrückten im Kampf gegen den Kapitalismus zu vereinen.

REVOLUTION Internationale Koordinierung
28. August 2007 (Statement leicht gekürzt)

Wie kam **Osama bin Laden** zum APEC-Gipfel? Berichte von den Demonstrationen und Schülerstreiks in Sydney gibt es auf unserer Website.